

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Datum: 26.10.2017

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:35 Uhr - 17:02 Uhr

stellvertre-
tender Vor-
sitzender: Herr Bürgermeister Miko Runkel

Beschlussfähigkeit

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte

Ist: 9 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Dr. Heidi Becherer

SPD-Fraktion

Herr Ralph Beckert

sachkundiger Einwohner

dienstlich

Herr Klaus Möstl

sachkundiger Einwohner

Herr Philipp Rochold

Herr Hans-Joachim Siegel

Fraktion DIE LINKE

Frau Rebecca Thielemann

sachkundige Einwohnerin

Herr Gordon Tillmann

Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

dienstlich

Herr Michael Walter

Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

dienstlich

Verspätetes Erscheinen

Herr Peter Borm

sachkundiger Einwohner

16:42 Uhr

Frau Kerstin Seidel

sachkundige Einwohnerin

17:44 Uhr, TOP 5
nichtöffentlich

Frühzeitiges Verlassen

Frau Susanne Schaper

Fraktion DIE LINKE

17:34 Uhr, TOP 5
nichtöffentlich

Ausschussmitglieder

Frau Steffi Barthold

SPD-Fraktion

Herr Alexander Dierks

Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

Frau Christin Furtenbacher

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Dr. Alexander Haentjens

Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

Frau Solveig Kempe

Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

Frau Angela Müller

Fraktion DIE LINKE

Frau Katrin Pritscha

Fraktion DIE LINKE

Herr Jörg Vieweg

SPD-Fraktion

sachkundige Einwohner

Frau Christine Pastor

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Wulf Karl	Gesundheitsberater
Frau Etelka Kobuß	Migrationsbeauftragte
Herr Michael Seidel	Referent Dezernat 5
Herr Dr. Harald Uerlings	Amtsarzt, Amtsleiter Amt 53
Frau Cornelia Utech	Amtsleiterin Amt 50
Herr Thomas Wabst	Abteilungsleiter Migration, Integration, Wohnen
Frau Dr. Nicola Wagner	Sachgebietsleiterin SG 50.03

stellv. Ausschussvorsitzender

Herr Miko Runkel	Bürgermeister D3	in Vertretung für Herrn Bürgermeis- ter Rochold
------------------	------------------	---

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Runkel** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich - vom 07.09.2017
-

Zur Niederschrift sind keine Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als genehmigt.

- 4 Informationsvorlage an den Sozialausschuss
-

Finanzcontrolling per 30.06.2017

Vorlage: I-052/2017 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) möchte wissen, worin sich die Mehraufwendungen für Erstaussstattungen Wohnungen begründen und ob das noch eine Folge des Themas Asyl sei. Sie fragt auch, ob der Gesetzgeber über die Mehraufwendungen aus dem Pflegestärkungsgesetz informiert sei. Zum Schluss fragt **Frau Stadträtin Pritscha** zum Gesundheitsamt, welche Auswirkungen der neu getroffenen Regelungen auf Landesebene für Chemnitz zu erwarten sind.

Frau Utech (Amtsleiterin Sozialamt) entgegnet, dass bei der Erstaussstattung seit längerer Zeit ein Trend nach oben zu verzeichnen sei. Mehrfaches Nachfragen und Prüfen habe jedoch keinen nachweislichen Zusammenhang ergeben. Prinzipiell sei im Übergabemanagement geregelt dass der Wohnraum für den damaligen Asylbewerber erhalten bleibe, was durch Nachzug von Familien aber nicht immer funktioniert und somit mit Mehraufwendungen verbunden sei. Abschließend sagt sie, dass zum Pflegestärkungsgesetz informiert wurden sei.

Herr Dr. Uerlings (Amtsleiter Gesundheitsamt) teilt mit, dass das Gesundheitsamt in dem Ausschuss im Januar zum Finanzcontrolling informieren wird.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) fragt, ob alle Kosten für Asylbewerber von der Landesebene erstattet und wie sich die Kosten entwickeln werden.

Frau Utech antwortet, dass die Kostenerstattung durch den Freistaat momentan höher sei als die tatsächlichen Aufwendungen. Außerdem seien die geplanten Aufwendungen nicht in dem Maß erforderlich, da weniger Asylbewerber zugewiesen wurden. Somit sei auch erkennbar, dass die Erträge auch nicht in diesem Rahmen kommen würden, da man diese pro Asylbewerber erstattet bekommt.

Herr Bürgermeister Runkel sagt, dass man eine Pauschalabrechnung erhalte und die Vorhaltekosten nicht gedeckelt werden. Außerdem wurden die Aufwendungen, die vorher getätigt worden sind nicht finanziert.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

5 Verschiedenes

5.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Herr Karl (Gesundheitsberater) gibt ein Zwischenfazit zum Thema EU-Schulprogramm. Es nehmen momentan 28, von ursprünglich 23, Einrichtungen teil. Er schildert, dass das Programm gut angelaufen sei und verweist auf die Informationsvorlage, die in den nächsten Tagen in der Dienstberatung der Oberbürgermeisterin ist. Anfängliche Schwierigkeiten, wie zum Beispiel Abstimmen der Liefermodalitäten mit dem Lieferanten oder das Verteilen und ggf. Reinigen, wurden versucht von der sächsischen Landesregierung zu relativieren. Somit ist diese in Sachen Problemmeldung auf dem aktuellen Stand. Zum Punkt der pädagogischen Begleitung gibt er an, dass die Verbraucherzentrale oder er selbst zur Umsetzung zur Verfügung stehen. **Herr Karl** betont, dass Hauptansprechpartner für diese Thematik die Sächsische Landesregierung ist, weil es auch von den EU-Mitteln entsprechend gefördert und finanziert werde. Bei Problemen steht er in einer Art Vermittlerposition zur Verfügung.

Herr Stadtrat Vieweg fragt, wie viel Budget die Stadt Chemnitz habe und ob die 28 Einrichtungen das Budget verbrauchen oder ob noch Potenzial vorhanden wäre um möglicherweise noch andere Einrichtungen aktiv anzusprechen.

Herr Karl antwortet, dass er sich nach den finanziellen Mitteln für die 28 Einrichtungen erkundigen werde. Bei der anderen Frage müsse man auf die Rückmeldungen warten und schauen, ob die Lebensmittel auch alle verbraucht werden.

Herr Stadtrat Vieweg erklärt, dass an ihn herangetragen wurden sei, dass nicht jeder Lieferant abrechnen könne, sondern nur die, die Verträge abgeschlossen haben und fragt, ob das geklärt sei.

Herr Karl klärt auf, dass der Lieferant sich bewerben muss und erst wenn dieser zugelassen ist, darf die Einrichtung entsprechende Verträge abschließen. Der Lieferant rechnet dann mit der Sächsischen Landesregierung entsprechend das ab, was an Mitteln zur Verfügung gestellt worden ist. Ebenso muss die direkte Kette eingehalten werden und es darf zum Beispiel kein Caterer dazwischen sein.

5.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, wie die Ehrenamtskarte des Freistaates Sachsens in Chemnitz nachgefragt oder beantragt wird, was die Stadt unternimmt, um diese zu bewerben und wie intensiv sich Chemnitz an der Suche nach Kooperationspartner beteiligt.

Frau Utech sagt, dass sie dazu momentan keine Aussage treffen kann, da das die Bürgerstiftung mache. Sie möchte die Antwort nachliefern.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) geht es um einen Artikel der Freien Presse vom 16.10.2017, der sich damit befasst, dass Schwangere Alkohol unterschätzen. Es fehle an ausreichend Aufklärung, was Alkohol für Schäden hervorrufen kann. Er fragt, inwieweit in Chemnitz Aufklärungsarbeit betrieben werde und was man machen könne um solchen alarmierenden Zahlen entgegenzuwirken. Abschließend fragt **Herr Stadtrat Dr. Haentjens**, ob man dazu vielleicht mal ein größeres Thema machen könne.

Herr Dr. Uerlings sagt, dass allgemein bekannt ist, dass Alkohol schädlich ist. Schwangeren wird in der Schwangerschaftsberatung sowie auch in der weiteren Begleitung gesagt, dass Alkohol für die Kindesentwicklung schädigend ist. Das Gesundheitsamt und auch andere ehrenamtliche Helfer seien immer wieder auf Tour um gegen Alkoholmissbrauch zu werben. Ebenso gibt es im Gesundheitsamt drei oder vier Selbsthilfegruppen, die begleitet werden. **Herr Dr. Uerlings** sagt, dass sicherlich mehr Aufklärung gemacht werden müsste.

Herr Bürgermeister Runkel schildert, dass gestern ein Fachtag zu „Drogen und Sucht“ im tietz mit über 130 Teilnehmern stattgefunden hat und es auch um das Thema Alkohol und Prävention ging. Er fragt **Frau Stadträtin Pritscha**, ob sie dazu etwas sagen könne.

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) nennt als Ergebnis, dass die Programme eine möglichst lange Laufzeit haben sollten und eine kontinuierliche Arbeit stattfinden sollte. Ebenso wurde ein 16-stündiges Programm mit Erfahrungswerten und ein Programm zu Vitaminen für die Schulen vorgestellt. Sie fasst zusammen, dass es vor allem um Lebenskompetenz geht und eine kontinuierliche Arbeit wichtig sei.

Herr Bürgermeister Runkel sagt, dass das eine Sache der Vernetzung sei, wo sich verschiedene Akteure beteiligen und Beratungsangebote bringen.

Herr Karl schildert, dass seitens des Gesundheitsamtes für Hebammen im nächsten Jahr Multiplikatorenschulungen zur Sensibilisierung des Themas geplant sind. In Kindergärten und Familienpartnerschaften werden auch Elternabende zum Bereich Ernährung und Alkohol gehalten. Er schildert weiter, dass es ein Programm zusammen mit der Verbraucherzentrale zu Alkohol in Lebensmitteln gäbe.

Herr Stadtrat Dr. Heantjens bittet sich weiter mit dem Thema zu befassen und dass man sich für mehr Aufklärungsarbeit einsetzen solle.

Herr Bürgermeister Runkel nimmt das auch nochmal im Rahmen des kriminalpräventiven Rates mit in den Arbeitskreis „Sucht und Drogen“.

Frau Stadträtin Pritscha fragt, ob man bei dem Tagesordnungspunkt „Informationen der Verwaltung“ stichpunktartig in der Einladung erfahren könne, was gesagt

wird.

Herr Bürgermeister Runkel verneint dieses und sagt, dass es sonst ein angemeldetes Thema als Tagesordnungspunkt sein müsse.

Frau Stadträtin Pritscha geht es darum, dass man sich vor der Sitzung etwas vorbereiten kann.

Herr Bürgermeister Runkel entgegnet, dass die mündlichen Informationen der Verwaltung zum Teil erst kurz vorher kommen und nicht vorbereitet sind. Themen die umfangreicher sind werden als gesonderte Tagesordnungspunkte angemeldet und fallen nicht mehr unter „mündliche Informationen der Verwaltung“.

- 6 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Frau Stadträtin Furtenbacher** und **Herr Stadtrat Dr. Heantjens** bestimmt.

*

*

*

Herr Bürgermeister Runkel schließt die Sitzung.

09.11.2017 *Miko Runkel*
Datum Miko Runkel
stell. Vorsitzender
des Ausschusses

13.11.2017 *Ch. Furtenbacher*
Datum Furtenbacher
Mitglied
des Ausschusses

09.11.2017 *A. Haentjens*
Datum Dr. Heantjens
Mitglied
des Ausschusses

08.11.2017 *Müller*
Datum Müller
Schriftführerin